

URGENT ACTION

# MENSCHENRECHTLER\*INNEN IN HAFT

VENEZUELA

UA-Nr: UA-01/2025 AI-Index: AMR 53/8909/2025 Datum: 8. Januar 2025 – as

## VENEZOLANISCHE MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER\*INNEN

Am 7. Januar 2025 nahm eine Gruppe verummter Personen Carlos Correa willkürlich fest. Seitdem ist nichts über das Schicksal und den Verbleib des bekannten Menschenrechtsverteidigers und Geschäftsführers der venezolanischen NGO *Espacio Público* bekannt. Carlos Correa wurde allein wegen seiner Menschenrechtsarbeit inhaftiert. Das gilt auch für Javier Tarazona, Rocío San Miguel, Carlos Julio Rojas und Kennedy Tejada, vier weitere Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich aktuell wegen ihres Aktivismus in Venezuela in Haft befinden.

Die willkürliche Inhaftierung von Carlos Correa, dessen mutiger Einsatz für die Menschenrechte in Venezuela weltweit bekannt ist und geschätzt wird, gibt Anlass zu großer Sorge. Die Tatsache, dass sein Schicksal und sein Verbleib seit seiner Entführung durch Unbekannte in Caracas noch immer nicht bekannt sind, ist erschreckend.

Als Leiter zivilgesellschaftlicher Organisationen wie *Provea* und *Espacio Público*, die die venezolanische Bevölkerung unter schwierigsten Bedingungen und trotz zahlreicher Drohungen und Angriffe seitens der Regierungsbehörden unterstützt haben, setzt sich Carlos Correa seit mehr als 20 Jahren engagiert für die Menschenrechte ein. Sein Schicksal und sein Verbleib müssen seinen Angehörigen und Rechtsbeiständen unverzüglich mitgeteilt werden.

Es ist besorgniserregend, dass Carlos Correa sich nun zu einer wachsenden Zahl politisch motivierter willkürlicher Inhaftierungen von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Venezuela gesellt, die mit der Festnahme von Javier Tarazona im Juli 2021 begannen und mit Rocío San Miguel im Februar 2024, Carlos Julio Rojas im April 2024 und Kennedy Tejada im August 2024 fortgesetzt wurden. Viele andere wurden ebenfalls zu Unrecht inhaftiert und später unter Auflagen freigelassen.

Die Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen und die Angriffe auf die Zivilgesellschaft im Allgemeinen müssen sofort eingestellt werden. Ihre Rolle inmitten einer anhaltenden humanitären Notlage und einer sich zuspitzenden Politik der Unterdrückung sollte geschützt und gewürdigt werden.

In Venezuela werden auch weiterhin ungestraft Verbrechen unter dem Völkerrecht und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Amnesty International erinnert die Behörden daran, dass sie mittels internationalen Rechenschaftsmechanismen individuell und auf staatlicher Ebene überwacht und sorgfältig überprüft werden.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Carlos Correa, der Leiter der venezolanischen NGO *Espacio Público*, wurde am 7. Januar 2025 gegen 17:00 Uhr in der Innenstadt von Caracas auf der Straße von schwarz gekleideten Vermummten abgefangen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Dies ist eine gängige Vorgehensweise der staatlichen Sicherheitskräfte, um willkürlich Personen, darunter auch Menschenrechtsaktivist\*innen, die als Bedrohung für die Regierung von Nicolás Maduro angesehen werden, festzunehmen und „verschwinden“ zu lassen.

Amnesty International hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Menschenrechtsverteidiger\*innen in Venezuela ständig der Gefahr von Schikanen, Angriffen und Inhaftierung ausgesetzt sind. Javier Tarazona, ein Menschenrechtsverteidiger, gewaltloser politischer Gefangener und Leiter der lokalen NGO *Fundaredes*, befindet sich seit dem 2. Juli 2021 wegen der Verteidigung der Menschenrechte in Haft. Rocío San Miguel, eine in Venezuela und international

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY  
INTERNATIONAL



bekannte Anwältin, Professorin und Menschenrechtlerin, wurde am 9. Februar 2024 willkürlich inhaftiert. Ihr Verbleib war bis zum 15. Februar nicht bekannt, und sie befindet sich nach wie vor rechtswidrig in Haft. Carlos Julio Rojas, ein Journalist und Aktivist, wurde am 15. April 2024 offenbar von Angehörigen des venezolanischen Geheimdienstes SEBIN (*Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional*) willkürlich inhaftiert. Auch er befindet sich noch immer zu Unrecht wegen seines Aktivismus in Haft. Kennedy Tejada, ein junger Anwalt und Menschenrechtsaktivist der bekannten NGO *Foro Penal*, wurde am 2. August 2024 im Bundesstaat Carabobo willkürlich inhaftiert, als er versuchte, kostenlose Rechtshilfe für andere Betroffene von willkürlicher Inhaftierung zu geben. Im Zusammenhang mit der andauernden willkürlichen Freiheitsberaubung wegen ihrer Menschenrechtsarbeit sind sie unbegründeten Strafverfahren ausgesetzt und müssen schwere Verstöße gegen ihr Recht auf ein faires Gerichtsverfahren erleben.

Die langjährige Repressionspolitik der Regierung von Nicolás Maduro, mit der jede Form von tatsächlichem oder vermeintlichem Dissens zum Schweigen gebracht werden soll, erreichte nach den Wahlen vom 28. Juli 2024 einen historischen Höhepunkt. Mehr als 2.000 Personen wurden aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert, viele von ihnen wegen offenbar unbegründeter Vorwürfe von Terrorismus und der Aufstachelung zum Hass, darunter auch gefährdete Gruppen wie Kinder und Menschen mit Behinderungen. Im Rahmen dieser Repressionspolitik fährt die Regierung eine repressive und auf Schikane, Strafverfolgung und Zensur beruhende Linie gegen Aktivist\*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für den Schutz der Rechte der Venezolaner\*innen einsetzen. In Venezuela herrscht derzeit eine komplexe humanitäre und menschenrechtliche Krise, die dazu geführt hat, dass so viele Menschen wie nie zuvor das Land verlassen haben, um im Ausland Schutz zu suchen. Ihre Zahl belief sich im November 2024 bereits auf mehr als 7,8 Millionen.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, LUFTPOSTBRIEFE ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Hiermit fordere ich die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller in Venezuela zu Unrecht inhaftierten Menschenrechtsverteidiger\*innen. Gewährleisten Sie, solange sie sich in Ihrem Gewahrsam befinden, auch den uneingeschränkten Schutz ihrer Rechte auf Leben und Sicherheit, darauf, nicht gefoltert zu werden und auf ein faires Gerichtsverfahren.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

#### **PRÄSIDENT**

Präsident der Republik  
Nicolás Maduro  
Palacio de Miraflores  
Av. Nt. 10, Caracas 1012, Caracas, VENEZUELA  
(Anrede: Dear President / Sr. Presidente / Sehr geehrter Herr Präsident)

#### **KOPIEN AN**

#### **BOTSCHAFT DER BOLIVARISCHEN REPUBLIK VENEZUELA**

S. E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira  
Schillstraße 10  
10785 Berlin  
**Fax: 030– 83 22 40 20**  
**E-Mail: [embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de](mailto:embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort, da Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können. Falls Sie sich später noch beteiligen möchten, bitten wir Sie, nach dem **8. Juli 2025** keine Appelle mehr zu verschicken. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- We call for the immediate and unconditional release of every human rights defender unfairly detained in Venezuela and, as long as they remain in your custody, for their rights to life and safety, to not be subjected to torture, and to enjoy all fair trial guarantees to be fully protected.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Die Regierung von Nicolás Maduro verfolgt derzeit mehrere Initiativen, um Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft zu kontrollieren und zum Schweigen zu bringen. Der kürzlich verabschiedete Gesetzentwurf mit dem Titel „Gesetz zur Prüfung, Regulierung, Tätigkeit und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen“, das so genannte „Anti-NGO-Gesetz“, sieht strenge Kontrollen vor, zu denen die Aushändigung von Listen von Mitgliedern und Mitarbeiter\*innen, deren Vermögenswerten, von Spender\*innen sowie die Registrierung von Finanztransaktionen gehören. Die Nichteinhaltung dieser Vorschriften könnte zur Schließung zivilgesellschaftlicher Organisationen und möglicherweise zu ihrer strafrechtlichen Verfolgung führen. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen ab Februar 2025 in Kraft treten.

Seit 2020 konnte die unabhängige internationale Ermittlungsmission für die Bolivarische Republik Venezuela in drei Berichten zahlreiche seit 2014 begangene Menschenrechtsverletzungen ausführlich dokumentieren, darunter außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen sowie Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafen. Die Berichte kommen zu dem Schluss, dass die Regierung das Rechtssystem als Instrument der Unterdrückung missbraucht habe und dass die dadurch begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen könnten. Insbesondere im Jahr 2024 kam die Ermittlungsmission zu dem Schluss, hinreichende Gründe für die Annahme zu haben, dass „während des von ihrem Mandat abgedeckten Zeitraums das Verbrechen der Verfolgung aus politischen Gründen begangen wurde“.

Seit November 2021 führt die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs eine strafrechtliche Untersuchung der Situation in Venezuela durch, insbesondere im Hinblick auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Freiheitsberaubung oder andere schwere Formen des Entzugs der körperlichen Freiheit (...), Folter (...), Vergewaltigung und/oder andere Formen sexualisierter Gewalt von vergleichbarer Schwere (...) und der politisch motivierten Verfolgung von inhaftierten Personen (...), die mindestens seit April 2017 von Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte, zivilen Behörden und regierungsnahen Personen (oder Gruppen, die ‚Kollektive‘ genannt werden) begangen wurden.“

